DER HAUPTSTADTBRIEF

DIE HINTERGRUND-SEITEN IN DER Berliner Morgenpost

1. APRIL 2016

Ciao, bella Italia

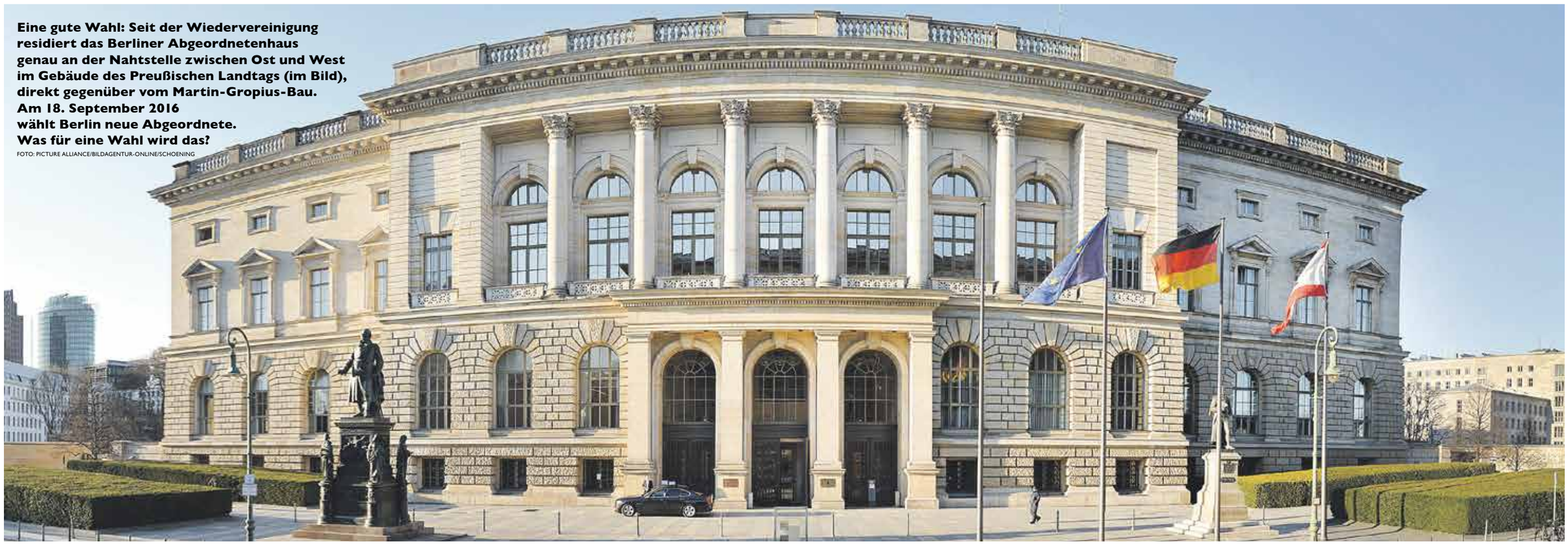
Italiens Ministerpräsident Renzi möchte die EU umkrempeln – zum eigenen Vorteil und anstelle sinnvoller Reformen in seinem Land. Seite 2

Europas Außengrenzen

Die alte Balkanroute ist dicht, eine neue könnte entstehen. Albaniens Parlamentspräsident will das nicht hinnehmen und die EU schützen. Seite 3

Kulturhauptstadt Breslau

Die Stiftung Zukunft Berlin organisiert das ganze Jahr 2016 über den kreativen Austausch mit der viertgrößten Stadt Polens. Seite 8



Eine gute Wahl: Seit der Wiedervereinigung residiert das Berliner Abgeordnetenhaus genau an der Nahtstelle zwischen Ost und West im Gebäude des Preußischen Landtags (im Bild), direkt gegenüber vom Martin-Gropius-Bau. Am 18. September 2016 wählt Berlin neue Abgeordnete. Was für eine Wahl wird das? FOTO: PICTURE ALLIANCE/BILDAGENTUR-ONLINE/SCHOENING

Nach den März-Wahlen: Kommt es im September zu einem Berliner Desaster?

Die Landtagswahlen in drei Bundesländern am 13. März waren nur der Anfang – die politische Landkarte Deutschlands wird gerade neu gezeichnet. Am 18. September wählen die Berliner. Wie wird die Karte danach aussehen? | *Von Max Thomas Mehr*

Wenn im September 2016 in Berlin ein neues Abgeordnetenhaus gewählt wird, dann zeichnet sich ein Ergebnis schon ab: Neben den etablierten Parteien werden zwei weitere Fraktionen in das Landesparlament einziehen: die FDP und die AfD. Mit ihrem Dazukommen werden die Verhältnisse noch unübersichtlicher als in Sachsen-Anhalt. Im künftigen Berliner Sechs-Fraktionen-Parlament wird es wohl weder für eine „große Koalition“ noch für ein rot-grünes oder rot-rot-grünes Regierungsbündnis mehr reichen. Denn die AfD saugt nicht nur national-konservative und nationalistische Wählerstimmen auf, sondern sammelt kräftig bis hin zu den sozialistischen ehemaligen Wählern der Linken. Auch die Grünen können vor Verlusten in Richtung AfD nicht sicher sein. In Baden-Württemberg verloren sie 70 000 Wählerstimmen an die Alternative für Deutschland. Sind das plötzlich alles Ewiggestrige, die beim letzten Mal noch brav Grüne gewählt hatten oder die Linkspartei? Es waren eben nicht nur bisherige Nichtwähler, die aus Protest gegen die Migrationspolitik der Bundesregierung der AfD ihre Stimme gaben. Und die Wahlforschung zeigt: Es waren mehr Junge als Alte.

In der Tat: Was Wähler verschiedenen Alters und mit einem so unterschiedlichen politischen Hintergrund vereint, ist nicht mit der Angst vor Armut oder sozialem Abstieg abzutun. Es ist auch nicht die Angst vor einer ihnen fremden Religion. Es ist die – wie auch immer diffuse – Ahnung, dass Migration und Terror eben doch zusammenhängen und beide mit dem politischen Islam zu tun haben, der bei sich zuhause um Vorherrschaft unter den Muslimen ringt und hier die offene, westliche Gesellschaft bekämpft, wo immer er sie treffen kann.

Jetzt rächen sich die jahrzehntelange allein schon sprachliche Verniedlichung von Islam als „Multikulti“ und die Toleranz von Öffentlichkeit und Politik gegenüber den entstandenen Parallelgesellschaften mit ihren verschleierten Töchtern und den patriarchalischen Selbstbildern ihrer jungen Männer, die für die Offensive des Scharia-Islams empfänglich sind. Nach den Anschlägen von Paris, Ankara, Istanbul und zuletzt Brüssel weiß niemand, wo die Islamisten als Nächstes zuschlagen. Nicht auszudenken, was ein Anschlag in Berlin für politische Verwerfungen auslösen würde.

Max Thomas Mehr ist freier Journalist. Im Jahr 1977 Mitbegründer der Tageszeitung *taz*, fühlt er dem grünroten Milieu seither den politischen Puls. Für den HAUPTSTADTBRIEF misst er in der Hauptstadt einen sehr niedrigen politischen Blutdruck, mitunter scheint der Puls ganz auszusetzen. Angesichts der Abgeordnetenhauswahlen am 18. September 2016 hält der Autor das für kein Zeichen bester Verfassung. FOTO: PRIVAT

Bei den Wahlen in Berlin wird auch die FDP reüssieren. Denn wer mit der Migrationspolitik der Allparteienkoalition aus Regierung und Opposition nicht einverstanden ist, in der AfD keine Alternative für Deutschland sieht und als Demokrat dennoch wählen geht – dem bleibt dann eben: die FDP. Sie wird jene sammeln, die das irreführende Gerede von der Flüchtlingskrise, die tatsächlich eine Migrationsbewegung unabsehbaren Ausmaßes ist, und von der Eurorettung, die tatsächlich eine stille, kalte Massenenteignung ist, nicht hinnehmen wollen und sich einen politischen Verbündeten erhoffen.

Es gehört zu den Besonderheiten des Landes Berlin, dass seine politischen Eliten bis nach Schließung der Wahllokale am 18. September 2016 so tun werden, als könne es zu keiner grundlegenden Machtverschiebung im Gefüge der politischen Parteien kommen. Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Der Regierende Bürgermeister hofft im Roten Rathaus weiter auf Rotgrün, die Grünen träumen von einer linken Mehrheit in der Stadt, mindestens für Rotrotgrün müsse es doch reichen.

Und die CDU? Setzt sie auf die sogenannte Wechselstimmung, die Meinungsforscher meinen aus ihren Umfragen herausfiltern zu können? Jedenfalls ist ihnen zufolge nur noch

FORTSETZUNG AUF SEITE 5

Die Beschränkung von Bargeld zielt auf Enteignung der Sparer

Bestrebungen, das Bargeld schrittweise abzuschaffen, erleichtern die Einführung von Negativzinsen und sind ein Frontalangriff auf Konsumentensouveränität und Eigentumsrechte | *Von Philipp Bagus*

Weltweit mehren sich die Bestrebungen, den Bargeldgebrauch zu erschweren oder ganz abzuschaffen. Der US-Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige Chefökonom der Weltbank Larry Summers regt an, die 100-Dollar-Note aus dem Verkehr zu ziehen. Die Europäische Zentralbank (EZB) erwägt, die 500-Euro-Note abzuschaffen. Finanzminister Wolfgang Schäuble sinniert über Obergrenzen für Barzahlungen, die in einigen EU-Staaten bereits Realität sind. Welchen Hintergrund hat dieses Streben? Und warum gerade jetzt?

Die Verfechter des allmählichen Bargeldverbots geben vor, durch eine Bargeldabschaffung leichter Geldwäsche, Kriminalität und Terrorismus bändigen zu können. Tatsächlich liegen die wahren Beweggründe tiefer – und zwar in der Geldpolitik. Die Negativzinsen, bisher nur für Banken angewandt, sollen jeden Kontobesitzer erreichen können. Und dazu muss die Bargeldhaltung verteuert und in letzter Konsequenz ganz abgeschafft werden. Ansonsten werden Bankkunden Negativzinsen nicht akzeptieren, sondern es vorziehen, ihr Geld abzuheben und in bar zu horten.

Prof. Dr. Philipp Bagus lehrt Volkswirtschaft an der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid. Der Geld- und Konjunkturtheoretiker legte 2011, nach einem Jahr Eurokrise, seine grundlegende Studie *Die Tragödie des Euro. Ein System zerstört sich selbst* vor. Für den HAUPTSTADTBRIEF beschreibt er, wie und warum Bargeldabschaffung, Negativzinsen und Eurorettung zusammengehören. FOTO: LUDWIG VON MISES INSTITUT

Doch warum sollen die Zinsen negativ werden? Ökonomen wie Larry Summers behaupten, es bestehe ein Überangebot an Sparkapital, das nur dann auf ausreichend Nachfrage treffen könne, wenn die Zinsen negativ wären. Denn wer nicht mehr spart, weil er dabei Geld verliert, sondern das Geld ausgibt, kurbelt den Konsum an, so die Logik. Und nur dann sei Vollbeschäftigung in krisengebeutelten Ländern machbar. In das gleiche Horn stoßen auch jene Zentralbanker, die mit negativen Zinsen die gesamtwirtschaftliche („aggregierte“) Nachfrage anschieben wollen, um dahinsiechende Volkswirtschaften zu beleben.

Das Nachfrageproblem ist jedoch erfunden. Statt eines Nachfrageproblems besteht in vielen Ländern ein Angebotsproblem. Hohe Steuern, Staatsdefizite und Regulierungen, ein erdrückender Staatssektor und allgemeine – durch immense Staatsschulden und ein wackeliges Finanzsystem verursachte – Unsicherheit behindern wertschaffendes Wirtschaften und die Anpassung einer verzerrten Produktionsstruktur. Was ist da verzerrt?

In vielen Ländern Südeuropas kam es in der Boomphase bis 2008 zu Fehlinvestitionen im Bausektor. Das Angebot an Konsum- und Investitionsgütern aus dem Bausektor war aufgebläht. Die Verzerrung der Produktionsstruktur ist auf die Kreditausweitung und künstlich niedrigen Zinsen der Boomjahre zurückzuführen. Wenn die Produktionsstruktur einmal verzerrt ist, bringt es wenig, in diese verzerrte Angebotsform krampfhaft Nachfrage hineinzupressen.

In einem freien Markt käme es nach einiger Zeit zu einer Reaktion. Die Menschen würden Baugüter (von Baustoffen bis zu fertigen Immobilien) nicht mehr nachfragen, sondern andere Güter, die sie dringender wünschen. Die Preise der Baugüter sowie der zu

FORTSETZUNG AUF SEITE 4

Bella Italia – das war einmal

Der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi möchte allerhand ändern in der EU – nicht zuletzt mit dem Ziel, Italiens Probleme auf die Schultern aller abzuwälzen | *Von Jürgen Stark*

Wir erleben derzeit geradezu einen italienischen Reformüberschwang – verbunden mit der Forderung nach einer Führungsrolle in Europa. In der Tat zeichnen sich in Italien erstmals seit langem zaghafte Ansätze in dem Versuch ab, die bestehenden strukturellen politischen und wirtschaftlichen Schwächen anzugehen und die italienische Volkswirtschaft zu modernisieren. Man hat damit begonnen, den Arbeitsmarkt und den Bildungssektor zu reformieren. Das ist zwar ein Anfang – aber gemessen an internationalen Standards und der immer länger gewordenen Reformagenda bestenfalls ein bescheidener. Und der rechtfertigt keine hochfliegenden Ansprüche Italiens gegenüber seinen Partnern.

Diese Forderungen sind ohnehin allzu durchschaubar. Es werden mehr Solidarität und ein Politikwechsel in Europa gefordert, der den Reformdruck auf Italien mildern soll. Italien möchte nicht nur „auf Augenhöhe" mit den anderen größeren Ländern verkehren, sondern Ministerpräsident Matteo Renzi möchte – und ein Schritt auf dieses Ziel hin ist das Schmieden einer Allianz gegen Berlin – selbst gern in einigen Jahren an der Spitze Europas stehen.

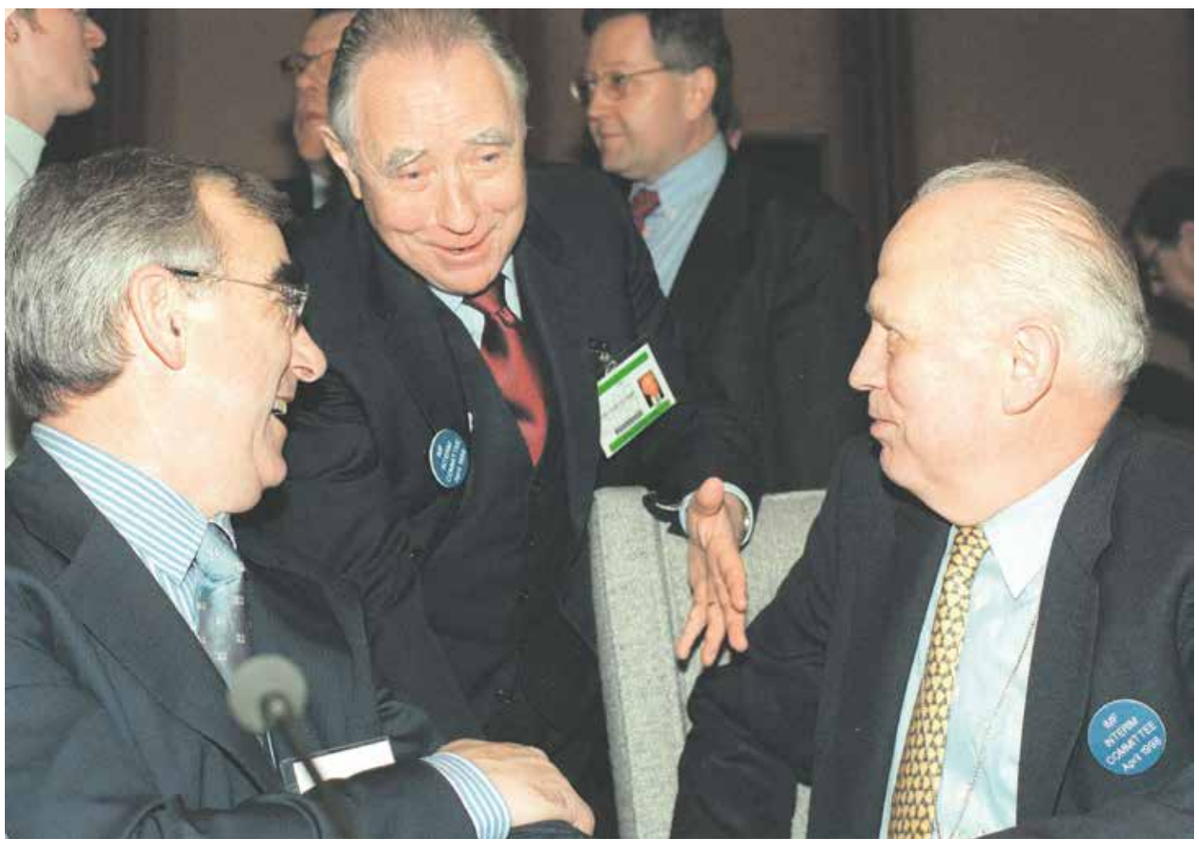
Italien war und ist politisch wie wirtschaftlich sehr labil und verwundbar. Es bedürfte eines langen politischen Atems, um Land und Wirtschaft erfolgreich umzubauen. In einem Essay aus dem Jahr 2014 beschreibt der amerikanische Historiker Perry Anderson, Professor an der University of California in Los Angeles, „das italienische Desaster" – gekennzeichnet durch Korruption, Entdemokratisierung und Wachstumsschwäche. Anderson sieht allerdings im Zustand Italiens keine Anomalie innerhalb Europas, sondern das Konzentrat der europäischen Situation.

Das ‚italienische Desaster' ist keine Anomalie innerhalb Europas, sondern das Konzentrat der europäischen Situation.

Diese Feststellung trifft einen wahren Kern. Dennoch bilden die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Italiens seit Jahrzehnten in ihrer Ausprägung und Dimension eine Besonderheit im Vergleich zu anderen größeren Ländern Europas. Das äußerst schwache Wachstum seit Beginn dieses Jahrhunderts, die jüngsten wirtschaftlichen Probleme mit einer dreijährigen Rezession und die gravierenden strukturellen und politischen Defizite fallen hier mit einer tiefgreifenden Krise und der Dysfunktionalität staatlicher Institutionen zusammen.

Italien ist, nach Deutschland und Frankreich, die drittgrößte Volkswirtschaft des Eurogebiets. Was dort geschieht, kann und darf den europäischen Partnern nicht gleichgültig sein. Kommt Italien wirtschaftlich und politisch ernsthaft ins Straucheln, sind die Konsequenzen nicht vergleichbar mit den Krisenfolgen der kleineren Peripherieländer wie Griechenland. Wiederholt kam seit 2010 die Frage auf, ob Italien angesichts seiner Größe und seiner Staatsverschuldung überhaupt zu retten sei. In der Tat dürfen die derzeitigen zaghaften Reformschritte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Italien ein Problemland bleibt.

Entschuldung und Ermächtigung – der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi (Mitte) sieht sich mit dem Griechen Tsipras (links) darin einig, dass man auf Ermahnungen aus Berlin gern verzichten und stattdessen die Stabilitätsregeln zum eigenen Besten aufgeben möchte. FOTO: PA/AP PHOTO/GEERT VANDEN WIJNGAERT



Hoffnung und Erleichterung – bei der Euroeinführung halfen guter Wille der Deutschen und Italiens Versprechen solider Staatsfinanzen. Ein Mann, ein Wort, gesagt, getan – so kam es nicht. Im Bild die Gutwilligen Theo Waigel (links) und Hans Tietmeyer (rechts), in der Mitte Carlo Ciampi, die Personifizierung des italienischen Versprechens, im April 1998. FOTO: PICTURE-ALLIANCE/DPA/TIM SLOAN

Wie der jüngste Länderbericht der EU-Kommission über Italien zeigt, sind die strukturellen Defizite beträchtlich: unter anderem ein dramatischer Rückgang der Investitionen, hohe Arbeitslosigkeit, ein weiterer Rückgang der Produktivität, hohe öffentliche Schulden und ein angeschlagener Bankensektor mit einem hohen Anteil „fauler" Kredite, die Banken und Unternehmen belasten. Es hat sich also eine Menge aufgetürmt, was gleichzeitig angegangen werden müsste. Aber die Taten bleiben hinter der Rhetorik zurück. Die italienische Regierung hält sich weder an getroffene Absprachen noch an europäische Empfehlungen.

Das mag man als ein typisch europäisches Problem abtun. Doch die Breite der Verfehlungen ist erheblich, und das ist keineswegs neu – weder die unverantwortliche Haushaltspolitik noch der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, und ebenso wenig die verfehlten nationalen Ziele der Europa-2020-Strategie. Italien hat seit der letzten Krise 9 Prozent seiner Wirtschaftsleistung und 25 Prozent seiner Produktion verloren. Davon wurde bisher kaum etwas aufgeholt.

Über die vergangenen Jahrzehnte hinweg hatte Italien politisch, wirtschaftlich und fiskalisch immer mit Instabilitäten zu kämpfen. Das Land ist von Korruption geplagt. Regierungen wechselten in kurzen Intervallen – die derzeitige Regierung Renzi ist die fünfundsechzigste der Nachkriegszeit. Von Kontinuität in der Politik konnte nur die Rede sein, wenn es um die Verwaltung des Chaos ging. Wegen seiner unsoliden Politik musste Italien in fast regelmäßigen Abständen seine Währung zum Teil dramatisch abwerten. 1992 schied es aus dem Europäischen Währungssystem (EWS) aus und erhielt finanzielle Unterstützung. Dem folgte jedoch mit Blick auf die Euro-Einführung eine Phase politischer Anstrengung. 1996 wurde Italien erneut Mitglied des EWS. Dennoch bestanden ernsthafte Zweifel in Italien selbst, den Bedingungen einer Währungsunion gewachsen zu sein. Außerhalb Italiens herrschte insbesondere in Deutschland große Skepsis, ob das Land wirklich ein qualifizierter Teilnehmer an der Währungsunion sei.

Prof. Dr. Jürgen Stark ist Ökonom. Bis 2012 war er Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB). Zuvor war er Vizepräsident der Deutschen Bundesbank. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, warum der neuerdings vorgetragene Anspruch Italiens, in der Eurozone politisch zu führen, zum Ziel hat, dort alles zu ändern, damit sich in Italien nichts ändert. FOTO: MARTIN JOPPEN

Als Italien Ende der 1990er-Jahre erkennbare Anstrengungen an den Tag legte, wurde das aus drei Gründen durch die europäischen Partner honoriert: 1. Italien verpflichtete sich in der Haushaltspolitik zu einem hohen Primärüberschuss (Haushaltssaldo ohne Zinslast) und zum Abbau der übermäßigen Staatsverschuldung. 2. Italien wurde als Gründungsmitglied der EWG gewürdigt, also ein politisch-historischer Grund, und 3. war dem Reformwillen Italiens durch die Persönlichkeit des damaligen Finanzministers und späteren Staatspräsidenten Carlo Ciampi besondere Glaubwürdigkeit verliehen worden.

Die eingegangenen Verpflichtungen für die Mitgliedschaft im Euro – in der Form der Bekräftigung einer „festen Absicht" – wurden indessen nur kurze Zeit eingehalten und letztlich nie erfüllt. Der zugesicherte Primärüberschuss erreichte nach zwei Jahren nur etwa die Hälfte der gegebenen Zusage. Das Haushaltsdefizit, das 2001 auf 1 Prozent reduziert werden sollte, lag bei über 3 Prozent. Der Schuldenstand, der bis 2003 auf unter 100 Prozent gedrückt werden sollte, wurde nie nachhaltig erreicht. Die Enttäuschung, ja sogar Verbitterung von Carlo Ciampi darüber war groß. Er hatte seine persönliche Glaubwürdigkeit für die Euro-Qualifizierung seines Landes in die Waagschale geworfen – und sah sich ausgenutzt und von seinen Nachfolgern verraten (siehe Kasten „Ein Mann, ein Wort", S. 4).

Die italienische Regierung hält sich weder an getroffene Absprachen noch an europäische Empfehlungen.

All das hatte jedoch auf europäischer Ebene keine ernsthaften Konsequenzen. Italien sah sich einer damals bereits äußerst milde gestimmten EU-Kommission gegenüber. Es befand sich ja auch mit anderen Mitgliedstaaten in „guter" Gesellschaft. Bei mehreren Euro-Mitgliedern stellte man im Nachhinein aufgrund revidierter Daten fest, dass 1998 das eine oder andere Konvergenzkriterium nicht erfüllt worden war. Ferner hatten sich manche Länder, Daten manipulierend oder in Verbindung mit sachfremden politischen Drohungen, den Euro erschwindelt, erpresst oder politisch erkauft. Und nachdem Deutschland und Frankreich 2003 den Stabilitätspakt demontiert hatten, gab es kein Halten mehr.

Italien wurde ein Vertrauensvorschuss gewährt – das Land hatte alle Chancen, der große Gewinner der Währungsunion zu werden. Es hat fiskalisch in besonderer Weise von der Währungsunion profitiert. Es hat diese Vorteile aber nicht produktiv verwertet, sondern verkonsumiert. Die Zinslast Italiens lag 1995 bei 11,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Inzwischen liegt sie trotz des wieder auf über 130 Prozent der Wirtschaftsleistung explodierten Schuldenstandes dank der Nullzinspolitik bei nur 4,7 Prozent des BIP.

Ohne Mitgliedschaft in der Währungsunion wäre das Land wiederholt insolvenzgefährdet gewesen, beispielsweise 2011. Die Konvergenzillusion Ende der 1990er-Jahre und das Ende der Konvergenzanstrengungen nach der Euro-Einführung führten zur zunehmenden wirtschaftlichen Auseinanderentwicklung der Mitgliedstaaten – und zu Exzessen, die in die Krise mündeten. Anders ausgedrückt: Zu viele Länder haben den Euro eingeführt, ohne den Anforderungen einer Währungsunion gewachsen zu sein. Zu diesen Ländern gehört Italien.

Italien zog zunächst Vorteile aus der Zinskonvergenz im Eurogebiet und dann aus der Politik der Europäischen Zentralbank (EZB). Dass Italiens Probleme nicht mehr im Fokus der Finanzmärkte stehen, ist weniger die Folge anerkannter Reformschritte als das Ergebnis des Kaufs italienischer Staatsanleihen durch die EZB. Seit 2011 hält die italienisch geführte EZB ihre schützende Hand über Italien. Hinzu kommen die Interventionen der Banca d'Italia im Rahmen des ANFA-Abkommens (Agreement on Net Financial Assets, siehe dazu den Beitrag von Daniel Hoffmann in dieser Ausgabe – Anm. d. Red.). Die italienische Krise ist daher kaum spürbar. Zudem hat die Verlagerung der politischen Aufmerksamkeit in Europa auf die Migrationsproblematik die politischen und medialen Kapazitäten nahezu ausgeschöpft.

Italien hat besonders von der Währungsunion profitiert. Es hat diesen Vorteil aber nicht produktiv verwertet, sondern verkonsumiert.

Mit dem Kauf italienischer Staatspapiere durch die EZB seit August 2011, dem Outright Monetary Transactions-Program (OMT) seit 2012 mit seiner expliziten (Zins-)Garantie und mit der „mengenmäßigen Lockerung" der Geldpolitik seit 2015 wurden die notwendigen Reformen verschleppt. Die Politik der EZB führte zu „moralischem Fehlverhalten" (moral hazard) aller italienischen sogenannten Reformregierungen nach Berlusconi. So wurde auch die Sanierung des italienischen Bankensektors nicht nur durch die Regierung und die Aufsicht – der Banca d'Italia –, sondern auch durch die EZB-Politik verzögert.

Die italienischen Banken gingen als schwächste aus dem Stresstest der EZB im November 2014 hervor. Italienische Bankenaufseher kommentierten das entschuldigend als Ergebnis eines zu harten Tests! Dabei waren die Probleme bereits seit langem erkennbar – schon 2008. Aber weder die italienische Bankenaufsicht noch die Regierung sahen sich zum Handeln gezwungen. Die Probleme wurden zuerst verschleiert, dann geleugnet, dann heruntergespielt, bis sie sich durch die wirtschaftliche Rezession der Jahre 2012 bis 2014 weiter verschlimmerten. Der Umfang notleidender Kredite in Prozent des Kreditvolumens war in Italien zu Beginn der

FORTSETZUNG AUF SEITE 4

IMPRESSUM

Die Hintergrund-Seiten in der Berliner Morgenpost entstehen in Zusammenarbeit mit DER HAUPTSTADTBRIEF – Informations- und Hintergrund-Dienst aus Berlin.

Ausgabe vom 1. April 2016

Verlag: HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH, Tempelhofer Ufer 23–24, 10963 Berlin, Tel. 030 / 21 50 54 00, Fax 030 / 21 50 54 47, info@derhauptstadtbrief.de

Herausgeber: Detlef Prinz
Redaktionsdirektor: Dr. Rainer Bieling
Layout: Mike Zastrow, Manuel Schwartz
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. Rainer Bieling
Anschriften für alle siehe Verlag

Anzeigen: Jan Schiller (Leiter Vermarktung), Berliner Morgenpost GmbH, Kurfürstendamm 21–22, 10719 Berlin, Tel. 030 / 88 72 776 – 00, jan.schiller@morgenpost.de

Druck: Axel Springer SE, Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG, Brunsbütteler Damm 156–172, 13581 Berlin

Diese Ausgabe finden Sie auch online unter www.derhauptstadtbrief.de

© DER HAUPTSTADTBRIEF 2016

Albanien wird für sichere Außengrenzen sorgen

Die Transitrouten über den Balkan verändern sich jetzt. Als EU-Beitrittskandidat werden wir helfen, die illegale Migration zu unterbinden | *Von Ilir Meta*

Die derzeitige Migrationskrise ist ein Problem, das ganz Europa angeht – es erfordert eine vollständig koordinierte gesamteuropäische Herangehensweise. Diese Krise zu bewältigen, muss für alle in Europa oberste Priorität haben; denn ihre potentiell destabilisierenden Folgen könnten erheblich sein. Deshalb wird Albanien das seine zur Lösung beitragen. Jeder Staat hat das Recht, nach eigenem Ermessen seine Grenzen zu kontrollieren, über Asylersuchen zu befinden und Wirtschaftsmigranten Zuzug zu gewähren. Aber: Jeder Staat hat ebenso die Verpflichtung, Notleidenden humanitäre Unterstützung zu leisten.

Die gegenwärtige Krise wird sich so lange fortsetzen, wie in den Ländern ihres Ursprungs Gewalt herrscht. Wenn diese endet, wird viel Wiederaufbauarbeit zu leisten sein. Je weiter jedoch Herkunftsland und Aufnahmeland geografisch voneinander entfernt sind, desto unwahrscheinlicher ist es, dass Kriegsflüchtlinge je nach Hause zurückkehren werden. Das ist ein Grund zur Sorge, ebenso wie die Tatsache, dass massive und unkontrollierte Migrations- und Flüchtlingsbewegungen wie die, die wir zurzeit erleben, langfristig negative Auswirkungen nach sich ziehen können. Die Gefahr, dass auch Terroristen auf diesem Wege nach Europa einreisen, ist real – die Anschläge von Paris und Brüssel belegen das unmissverständlich.

Albanien hat großes Verständnis für das Los der Flüchtenden – nicht zuletzt aufgrund unserer eigenen Erfahrungen in den frühen 1990er-Jahren und der darauf folgenden Balkankrise. Mehr als eine Million Albaner haben damals das Land verlassen und sich in Europa ein neues Leben aufgebaut – und wir haben während des Kosovo-Kriegs einer Flut von heimatlos gewordenen albanischen Landsleuten Zuflucht gewährt.

Aber das Europa von heute ist nicht mehr dasselbe. Heute gewinnen nationalistische Strömungen an Boden und bestimmen die Politik – oftmals auf dem Rücken der Flüchtenden. Aber diese Menschen sind verzweifelt, sie fliehen vor schrecklichen Zuständen. Niemand in Europa sollte sie brandmarken, Humanität und Solidarität müssen stärker sein als die Furcht vor dem Fremden.

Mehr als eine Million Migranten und Flüchtlinge aus Konfliktgebieten haben sich im vergangenen Jahr 2015 über Griechenland in die EU in Bewegung gesetzt. Das ist eine Größenordnung, die die Kapazitäten und Ressourcen der Balkanstaaten entlang der Transitrouten völlig überfordert – insbesondere derer, die noch nicht Mitglied der EU sind. Und wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass bald andere Routen gesucht und gefunden werden, weil die bisherigen Balkanrouten blockiert sind. Zu erwarten sind besonders das Durchqueren Albaniens Richtung Norden und das Überqueren der Adria, um Italien zu erreichen. Unsere Grenzen werden massiv davon betroffen sein.

Furcht vor dem Wiederaufleben einer Fluchtroute: Zehntausende Albaner haben sich in den 1990er-Jahren beim Zusammenbruch der sozialistischen Zwangsherrschaft mit dem Boot auf den Weg nach Italien gemacht. Im Bild ein albanisches Flüchtlingsschiff, das im August 1991 im italienischen Bari anlegt. 2016 bewerben Schlepperbanden die Bootsfahrt über die Adria bereits wieder als Ausweichroute – für Albanien wäre das ein schmerzliches Déjà-vu. FOTO: PICTURE ALLIANCE/ARCIERI/ROPI

Ilir Meta ist Parlamentspräsident der Republik Albanien und Vorsitzender der Partei Sozialistische Bewegung für Integration. Von 1999 bis 2002 war er Ministerpräsident des Landes. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, wie der EU-Beitrittskandidat Albanien die Grenzen schützen will, wenn die Migrationsbewegung durch die Blockierung der bisherigen Balkanroute auf sein Land ausweicht. FOTO: FRANC ZHURDA

Als ein europäisches Land wird sich Albanien der damit einhergehenden Verantwortung für unsere Bürger und die der EU stellen sowie seiner Verpflichtung nachkommen, den Hilfesuchenden beizustehen. Wir werden vorsorglich Maßnahmen ergreifen, in Zusammenarbeit mit der EU und mit unseren Nachbarn, um mit der Situation fertigzuwerden. Wir sind bereits aktiv geworden, um eine unkontrollierte Einwanderungswelle zu verhindern. Wir arbeiten mit unseren Partnern daran, unsere Grenzkontrollkapazitäten zu verstärken. Aber wir bauen keine Mauern.

Wir haben uns jedoch gegen die reale Bedrohung zu wappnen, dass sich Terroristen in die Flüchtlingsströme eingliedern, um so unerkannt nach Europa zu gelangen. Wir sind daher mit der Vorbereitung und der Verstärkung von Maßnahmen befasst, die eine bessere Registrierbarkeit und Überprüfbarkeit derer, die in unser Land einreisen, ermöglichen sollen. Hierfür braucht es vor allem einen verbesserten sicherheitsrelevanten Informationsaustausch, eine verbesserte Zusammenarbeit in Fragen der Rechtsdurchsetzung und insgesamt Unterstützung vonseiten der EU. Jeder vom Flüchtlingszustrom betroffene Transitstaat muss in der Lage sein sicherzustellen, dass Asylsuchende aus Kriegsgebieten auch wirklich die sind, die zu sein sie angeben. Wir müssen sicherstellen, dass die betreffenden Personen keine Verbindungen zu Terrorgruppen haben, und wir müssen dafür EU-weit biometrische Daten austauschen.

Westliche Umgehungsroute: Nachdem die bisherige Transitroute über den Balkan nicht mehr passierbar ist, könnte sich eine Alternativroute über Albanien nach Italien etablieren – die Schlepperbanden fassen diese Route jetzt ins Auge. Die albanische Regierung forciert die Sicherung ihrer EU-Außengrenze. In Rot bereits geschlossene Grenzen.

Dieses immer weitere Kreise ziehende humanitäre Desaster kann nur unter aktiver Beteiligung der Großmächte gelöst werden. Es ist an den USA, eine führende Rolle bei den internationalen Anstrengungen hin zu einer soliden und dauerhaften Konfliktlösung in den Krisenländern einzunehmen. Die EU muss entschlossen daran arbeiten, dass Flüchtlinge in Griechenland und in der Türkei unter humanen Bedingungen verbleiben können. Verzweifelte Menschen handeln verzweifelt. Es wird zu Gewaltausbrüchen kommen, wenn große Gruppen von Migranten sich auf ihrer angestrebten Route als aufgehalten, als gestrandet und der Hoffnung beraubt empfinden. Wir erleben das bereits.

Für uns auf dem Balkan ist es von enormer Bedeutung, dass die USA hier Präsenz zeigen und die EU uns enger als bisher einbindet.

Deshalb ist es so wichtig, dass diejenigen, die ein Anrecht auf Asyl haben, dieses so nah wie möglich bei ihrem Heimatstaat erhalten. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich das aktuelle Abkommen mit der Türkei.

Wir Balkanstaaten haben gemeinsame strategische Interessen, und wir müssen gemeinsam vorgehen, um einen konstruktiven Umgang mit der Krise zu erarbeiten. Für uns auf dem Balkan ist es von enormer Bedeutung, dass die USA hier Präsenz zeigen – sie sind der ausschlaggebende Faktor für Sicherheit und Stabilität in unserer gesamten Region. Und die EU darf angesichts der aktuellen Herausforderungen ihre Erweiterung nicht aus den Augen verlieren. Wir als Beitrittskandidaten auf dem Balkan fühlen uns einer gesamteuropäischen Lösung der Probleme verpflichtet und sind entschlossen, unser Möglichstes zu leisten, damit die aktuelle humanitäre Krise nicht in eine uns alle bedrohende Sicherheitskrise mündet.

Es geht jetzt um eine starke Demonstration des Zusammenhalts und der Solidarität – und eine feste Verpflichtung für eine Friedensperspektive in den Konfliktzonen. Der Balkan ist ein Beispiel, wie sich Lehren aus der Vergangenheit ziehen lassen: Die Milliarden Euro, die jetzt ausgegeben werden, um diese Krise zu bewältigen, könnten das Leben für Millionen von Menschen ändern, wenn sie strategisch in Friedensförderung und Entwicklungsprojekte investiert würden. ♦

Kann der Islam reformiert werden?

Islamkritiker Hamed Abdel-Samad hält Mohammed für einen Terroristen und den Islam für unreformierbar. Theologe Mouhanad Khorchide spricht über die Barmherzigkeit als Zentrum eines liberalen Islams und dessen Reform.

Das Streitgespräch der beiden prominentesten Akteure der aktuellen Debatte ist ein intellektuelles Duell um die entscheidenden Fragen zum Weg des Islam in die Zukunft und unsere Gesellschaft. Schonungslos, kenntnisreich und konstruktiv.

Hamed Abdel-Samad / Mouhanad Khorchide
Zur Freiheit gehört, den Koran zu kritisieren
Ein Streitgespräch
128 Seiten | Gebunden mit Schutzumschlag
€ 14,99 / SFr 19.90 / € A 15,40
ISBN 978-3-451-27146-5

HERDER
Lesen ist Leben

www.herder.de

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Die Beschränkung von Bargeld zielt auf Enteignung der Sparer

ihrer Herstellung benötigten Ressourcen (Arbeit, natürliche Ressourcen, Vorprodukte) würden fallen, was die Herstellung alternativer Güter attraktiver machte. Die Unternehmen im Bausektor würden mangels Nachfrage schrumpfen, sodass Unternehmen in anderen Bereichen dank zunehmender Nachfrage wachsen könnten.

Einer solchen „natürlichen" Marktreaktion kann sich der Staat entgegenstemmen, indem er die Umleitung der Produktionsfaktoren erschwert, beispielsweise durch inflexible Arbeitsmärkte. Oder auch, indem er Steuern erhöht, um Geld für Infrastrukturprojekte ausgeben zu können, die den Bausektor stützen. Wird die Anpassung der Angebotsstruktur von Staats

Solange es Banknoten gibt, werden Bankkunden Negativzinsen nicht akzeptieren, sondern Kaufverzicht üben und ihr Geld in bar horten.

wegen behindert und verlangsamt, kommt es zum Horten. Die Menschen kaufen die angebotenen Häuser und Investitionsgüter aus dem Bausektor nicht, sondern sie halten ihr Geld zusammen – und zwar bis die von ihnen gewünschten Güter hergestellt und angeboten werden. Dieses Horten ist ein Protest gegen die verzerrte Produktionsstruktur – und Ausdruck der Konsumentensouveränität.

Die Negativzinsen sind ein Frontalangriff auf diese Konsumentensouveränität. Durch negative Zinsen sollen die zurückhaltenden Konsumenten animiert werden, endlich etwas zu kaufen, was sie eigentlich nicht wollen – in unserem Beispiel Immobilien. Reichen die Negativzinsen immer noch nicht aus, um die Ausgaben zu beleben, muss notfalls der Staat die verzerrte Angebotsstruktur stützen, indem er selbst diese Ausgaben tätigt. So fordert es die interventionistische Logik, und so trommeln einige Medien seit geraumer Zeit dafür, dass die expansive Geldpolitik von der Fiskalpolitik flankiert wird. So appellierte die britische Zeitschrift The Economist an Angela Merkel, mehr Straßen und Brücken zu bauen.

Durch derlei würde die Strukturverzerrung, ein viel zu großes Angebot an Baugütern, weiter staatlich alimentiert. Letztlich führt die Produktionssteuerung, bei der sich Zentralbank und Staat die Finanzierung und Lenkung von Investitionen aufteilen, in die Planwirtschaft – und damit in die Verarmung. Unnötig in einem Land mit DDR-Vergangenheit zu betonen, dass dies der falsche Weg ist. Um die Krise in Frankreich, Italien, Spanien und anderen EU-Ländern zu überwinden, müssen stattdessen Fehlinvestitionen korrigiert werden. Sparen und Investieren in neue Projekte ist nötig – durch Steuersenkungen, Verringerung von Staatsdefiziten, Deregulierung (vor allem der Arbeitsmärkte) und Staatsabbau werden Mittel frei, die den Aufschwung bringen.

Daher sind Negativzinsen so fatal. Sie wirken in die entgegengesetzte Richtung. Sie nehmen den Druck, Strukturreformen anzustoßen und erhöhen die Krisenanfälligkeit, indem sie eine noch höhere Staatsverschuldung attraktiver machen und das Finanzsystem weiter destabilisieren. Zudem beleben negative Zinsen alte Fehlinvestitionen und treiben neue Blasen. Die Mutter aller Blasen ist der Staatssektor selbst. Diese Blase speist sich zunehmend aus der Enteignung der Sparer. Ende 2015 war die Verzinsung von 40 Prozent der europäischen Staatsanleihen negativ, das sind rund 3 Billionen Euro, die den Sparern fehlen und den Staatssektor aufblähen, der sich immer neue Betätigungsfelder sucht, zuletzt dank der selbst erzeugten Flüchtlingskrise die Staatsaufgabe Integration von Migranten.

Wenn es kein Bargeld mehr gäbe, gäbe es auch solche Szenen nicht mehr. Selbst ein Bail-in, bei dem Bankkonten in Bankaktien umgewandelt werden, wie 2013 in Zypern geschehen, ließe sich dann durchführen, ohne dass die Bürger versuchen könnten, rechtzeitig ihr Geld abzuheben. Im Bild versuchen verzweifelte Zyprer eben dies am 28. März 2013 bei der Laiki Bank zu tun. Da war es schon zu spät. FOTO: IMAGO STOCK&PEOPLE/XINHUA

Sobald die Banken ihre Negativzinsen an ihre Kunden weitergeben können, weil Bargeldnutzung und -horten erschwert oder unterbunden sind, kommt es zu einer verschleierten Steuer auf Bankkonten. Die Bankkunden zahlen dann für ihre Einlagen an die Banken, diese wiederum zahlen Negativzinsen an die EZB, die ihre Gewinne wiederum an die Euro-Regierungen ausschüttet.

Derzeit beträgt die Überschussliquidität der Euro-Banken rund 700 Milliarden Euro. Darauf werden bei einem Einlagenzins von minus 0,4 Prozent über ein Jahr fast 3 Milliarden Euro Strafzinsen fällig, die den EZB-Gewinn erhöhen. Diese Überschussliquidität wird durch den monatlichen Anleihenkauf von 80 Milliarden Euro durch die EZB weiter steigen. Hinter all dem verbirgt sich eine riesige Umverteilung, die grob von Nord nach Süd und vom Bürger zum Staat und ins Finanzsystem verläuft. Und ganz vorne bei den Verlierern dabei: die deutschen Sparer.

Mit den Negativzinsen wächst die Gefahr des Platzens der Staatsblase – und damit des Kollapses des treu verbundenen Finanzsystems. Die Bemühungen, das Bargeld langfristig abzuschaffen, sind vor diesem Hintergrund zu sehen. Denn ohne Bargeld lässt sich der Kollaps leichter handhaben. Gibt es kein Bargeld, können Kapitalverkehrskontrollen ohne Bankferien durchgesetzt werden. Der Anblick weinender Rentner, die wie in Zypern 2013 und in Griechenland im Sommer 2015 vor leeren Bargeldautomaten stehen, bliebe uns dann erspart. Ein Bail-in, bei dem Bankkonten in Bankaktien umgewandelt werden, um das marode Bankensystem zu sanieren, kann dann öffentlich diskutiert und geplant werden, ohne dass es zu Panikreaktionen verzweifelter Bürger kommt, die versuchen, ihr Geld abzuheben und in Sicherheit zu bringen.

Ohne Bargeld gibt es kein Entrinnen vor derartigen Ansinnen. Auch eine Währungsreform, bei der Guthaben und Schulden zusammengestrichen werden, wäre deutlich einfacher umzusetzen, wenn kein altes Bargeld mehr eingesammelt und in neue Noten getauscht werden muss. Im Verlauf eines Wochenendes könnten am Computer die notwendigen Anpassungen vorgenommen und die Zahlen derart manipuliert werden, dass am folgenden Montag das Bankensystem saniert, der Staat entschuldet, die Währung stabilisiert – und die Sparer enteignet wären. ♦

Gemeinsam mit Koautor Andreas Marquardt beleuchtet unser Autor Philipp Bagus die Rolle des Geldes in unserer Gesellschaft in seinem Buch Warum andere auf Ihre Kosten immer reicher werden – und welche Rolle der Staat und unser Papiergeld dabei spielen. *FinanzBuch Verlag, München 2014, 192 Seiten. 16,99 Euro, Kindle Edition 12,99 Euro. https://www.m-vg.de/finanzbuchverlag/shop/article/3257-warum-andere-auf-ihre-kosten-immer-reicher-werden/*

FORTSETZUNG VON SEITE 2

Bella Italia – das war einmal

Krise im Jahr 2008 mit 7 Prozent der höchste des Eurogebiets. Heute liegt er nach Angaben der Banca d'Italia bei 18 Prozent des Kreditvolumens oder bei 360 Milliarden Euro.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte über viele Jahre hinweg auf die Schieflage hingewiesen. Wiederholt hat er sehr konkrete Empfehlungen zur Bilanzbereinigung und zur Sanierung des Bankensektors gegeben – unter anderem durch vermehrte Rückstellungen und Abschreibungen, die Reform des Insolvenzverfahrens und den Aufbau eines Sekundärmarktes für notleidende Kredite. Dies verdeutlicht, dass die Schwierigkeiten weit über den Bankensektor hinausreichen. Sie sind symptomatisch für die politisch-institutionelle Malaise Italiens. Erst vor wenigen Monaten sind diese Fragen nun endlich, wenn auch zögerlich, angegangen worden.

Italienische Reformpolitik erschöpfte sich immer wieder in reiner Rhetorik. Umgesetzt wurde wenig, da Reformen auch durch inadäquate institutionelle Strukturen ausgebremst wurden. Der bereits erwähnte Historiker Perry Anderson nennt dies den „Verfall der politischen Ordnung". Ein Blick auf die Empfehlungen des IWF-Stabes – zuletzt vom Sommer 2015 – verdeutlicht die lange Liste notwendiger Reformen. Neben den schon genannten Maßnahmen zur Sanierung des Bankensektors wird die Stärkung des Produktionspotenzials und der Produktivität eingefordert, die Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit, die Reduktion des Schuldenstandes und die Neugewichtung der öffentlichen Ausgaben sowie ehrgeizigere Privatisierungsziele und die Liberalisierung der Güter- und Dienstleistungsmärkte. Dazu kommen Italien-spezifische Reformbereiche, unter anderem die Korruptionsbekämpfung und eine Steigerung der Effizienz des Rechtssystems und der öffentlichen Dienste auf allen Ebenen.

Vor dem Hintergrund dieser ungelösten Mammutaufgaben vor der eigenen Haustür fordert der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi nun einen Politikwechsel in Europa – und meldet dabei gleich auch einen italienischen Führungsanspruch an. Sein Bestreben ist es, das Führungsvakuum in Europa zu füllen, das entstanden ist, nachdem die deutsche Rolle infolge der Migrationspolitik geschwächt und Deutschland in die Lage des Bittstellers geraten ist. Die neue Situation: Deutschland scheint isoliert, Frankreich ist mit sich selbst beschäftigt, und die Briten streiten über ihren Verbleib in der EU.

Tatsächlich kann Italien auf die Unterstützung anderer Länder hoffen. Die Wahlergebnisse in Portugal, Spanien und zuletzt in Irland verändern, gemeinsam mit dem Wahlergebnis in Griechenland im vergangenen Jahr, die politische Landschaft der EU – mit einem verstärkten Potenzial für neue Länderkoalitionen, zumal es viel Übereinstimmung bei den erklärten politischen Absichten in den genannten Ländern gibt. Deren Ziel ist es unter anderem, die europäischen Haushaltsregeln des Stabilitätspakts, nach langer Agonie, endgültig abzuschaffen, die sogenannte – wenn auch nie wirklich praktizierte – „Austeritätspolitik" zu beenden, die Fiskalpolitik zur Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage einzusetzen, Haushaltsdefizite und Verschuldung weiter zu erhöhen und die notwendigen Strukturreformen von der Agenda zu streichen. All das beruht auf der Erwartung, dass eine willfährige EZB alles tun wird, um das Eurogebiet zusammenzuhalten.

Darüber hinaus möchte Italien bei der Sanierung und Rekapitalisierung der Banken und beim „Bail-in" der Anteilseigner und Gläubiger wieder hinter getroffene Entscheidungen zurück. Es wendet sich entschieden gegen Überlegungen, die Risikogewichtung der von Banken gehaltenen Staatstitel zu ändern. Und man spielt mit dem Gedanken, die EZB könne die notleidenden Kredite italienischer Banken aufkaufen. Kurz: Diese Forderungen und Überlegungen bedeuten die gemeinschaftliche Haftung der Euroländer für Italiens Risiken – und sie werden unter dem Stichwort „Solidarität" verbucht.

Italien hat ein Recht darauf, ernst genommen zu werden. Und in der Tat hat Italien immer wieder große, charismatische Europäer hervorgebracht, die in ihren Absichten Seriosität und in ihrem Handeln Glaubwürdigkeit ausstrahlten. Zu denken ist hier zum Beispiel an Alcide De Gasperi, einer der Gründerväter der europäischen Einigung. Und in diese Reihe gehört auch der erwähnte frühere Finanzminister und Staatspräsident Carlo Ciampi. Es waren Persönlichkeiten, die Europa voranbringen wollten, um auch dem eigenen Land durch Druck von außen zu helfen, seine Schwächen zu überwinden.

Wenn Italien nach zwei verlorenen Jahrzehnten ernst genommen werden will, muss es seine Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit durch fortgesetzte Reformpolitik beweisen. Erst dann könnte es zum Modell für Europa werden. Davon ist es derzeit jedoch weit entfernt – und spiegelt deshalb auch keineswegs europäische Normalität wider. Eine Politikänderung im italienischen Sinne auf europäischer Ebene hingegen wäre das Rezept, die Desintegration weiter zu fördern und die EU wirtschaftlich, finanziell, politisch und sozial zu ruinieren. Um das von Anderson skizzierte „italienische Desaster" zu überwinden, geht es angesichts der verlorenen Jahrzehnte um nicht mehr und nicht weniger als um eine Erneuerung der politischen Ordnung in Italien. Denn sie ist es, die allen weiteren Reformen im Wege steht. ♦

Ein Mann, ein Wort, gesagt, getan – so kam es nicht

Ohne Carlo Ciampi wäre Italien bei der Euroeinführung nicht dabei gewesen

Angesichts des derzeitigen Strebens Italiens nach einer Führungsrolle in der EU lohnt es, sich an einen italienischen Politiker einer früheren Generation zu erinnern, der Italien wirklich geführt – und die Euroväter verführt hat. Carlo Ciampi war einer der Gründerväter der Europäischen Union. Ohne ihn und seine hohe Integrität, was die verlässliche Umsetzung der notwendigen Reformschritte betraf, hätte Italien aufgrund seiner zu schwachen Wirtschaftsstruktur niemals Aufnahme in den Euroraum gefunden.

In seinem 2010 erschienen Buch „Non è il paese che sognavo" (sinngemäß: „Es ist nicht das Land, von dem ich träumte") beschreibt er, wie es

Der frühere italienische Finanzminister und Staatspräsident Carlo Ciampi schämt sich öffentlich für den Verrat der ihm nachfolgenden politischen Entscheidungsträger. FOTO: PICTURE-ALLIANCE/DPA/ARNE DEDERT

ihm schließlich gelang, auch die größten Skeptiker in Bezug auf Italiens Eurofähigkeit, den damaligen Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, und den damaligen Finanzminister der Niederlande, Gerrit Zalm, zu überzeugen.

Gerrit Zalm, des Italienischen unkundig, bereitete für die Sitzung des Ecofin-Rats am 1. Mai 1998, bei der die Aufnahme Italiens bestätigt wurde, eigens einen Gratulationstext auf Italienisch vor, so erzählt Ciampi in seinem Buch: „Dann kam er zu mir, um mich zu umarmen. Das Gleiche machte (der damalige Bundesfinanzminister) Waigel, der kurz zuvor gegenüber jemandem, der immer noch Kritik und Skepsis verbreitete, dieses gesagt hatte: ‚Carlo hat uns nie belogen, er ist diese Verpflichtungen eingegangen, und ich glaube ihm.' Das sind Umarmungen, die ich nie vergessen werde. Und genau deswegen leide ich nun – als Mann der Institutionen, als Italiener, als Europäer – wenn ich sehe, dass das feierliche Versprechen, dass ich in Europa für die Republik Italien abgab, nicht gehalten wurde. Dieser Geist der Solidarität und des Vertrauens, der in Europa gegenüber unserer neuen Kultur der Stabilität entstanden war, verdiente nicht diesen Verrat."

Der obige Auszug aus dem Buch Non è il paese che sognavo *von Carlo Ciampi, erschienen im Verlag Il Saggiatore, Mailand, wurde ins Deutsche übertragen von Tobias Piller.*

Vater Staat kümmert sich um die Körper seiner Landeskinder

Der Kult um die richtige Lebensweise und das richtige Essen ist inzwischen eine hochpolitische Angelegenheit | *Von Ulrike Ackermann*

Seit der Antike streiten die Menschen über das „gute Leben“. Ist jeder seines Glückes Schmied und kann sich frei machen von gesellschaftlichem Druck, sozialer Tyrannei – wie John Stuart Mill es nannte? Kann jeder unabhängig sein von staatlicher Weichenstellung, die lenkend die Bürger auf dem Weg ins Glück begleiten will? Oder soll der Staat gerade dafür sorgen, dass seine Bürger gesund und weltklimaverträglich essen und leben?

Ernährung, Kulinarik und Esskultur sind in diesem Zusammenhang in den Fokus gerückt. Dem amerikanischen Arzt Steven Bratman verdanken wir den Begriff der „Orthorexie“, nämlich die manische Beschäftigung mit gesundem Essen, die sich inzwischen allenthalben Bahn bricht. Waren einst üppige Tafeln mit gut gefüllten Gläsern, um die sich fröhliche Genießer, Gourmands und Gourmets versammelten, Sinnbild für Wohlstand, Lebensfreude und den Erfolg unseres westlichen Lebensstils, so hört man heute immer häufiger das Lob des Heilfastens. Mäßigung, Selbstbeschränkung, Verzicht, Reinigung und Askese sind die neuen Werte, die die leiblichen und seelischen Genüsse kanalisieren sollen. Nach Überfluss und Völlerei nun die neue Kargheit, in der die postmaterialistische Sinnsuche stattfindet.

Moden, Essgewohnheiten oder der unterschiedliche Gebrauch von Genussmitteln waren schon immer soziale und kulturelle Distinktionsmerkmale, um sich von anderen abzugrenzen. Heute propagiert die Avantgarde einer bildungsbürgerlichen, liberal bis grünen, urbanen Mittelschicht den Wandel. Veganismus und Vegetarismus sind die neuen Heilslehren – oder aber die Steinzeitküche, also zurück zu den Ursprüngen. Die Anhängerschaft der einen Richtung gerät dabei flugs in Streit mit den Jüngern anderer Fraktionen. Es geht um Körper-, aber auch um Seelenheil – man möchte fast von privater Religion sprechen.

In jedem Fall sind Körper und Stoffwechsel zum Medium nicht nur individueller Sinnstiftung geworden. Denn heute versammelt man sich offensichtlich wieder gerne im Kollektiv, um sich und der Welt Sinn zu geben. Die Begeisterung für die Ursprünglichkeit und die kulturell nicht überformte, unverdorbene Natur erinnert zuweilen an die Bewegung der Lebensreformer, die seit Mitte des 19. Jahrhundert das Heil in der Natur sahen. In der Skepsis gegenüber der modernen Urbanität, der Kritik an Konsumismus und Hedonismus berühren sich konservative Kulturkritik, bürgerlicher Kulturpessimismus und linke Gesellschaftskritik, die an die marxistischen Postulate der Entfremdung und Ausbeutung anknüpft. In der Skepsis gegenüber Fortschritt, Wachstum und Kapitalismus spiegeln sich offensichtlich Zweifel an der bisher erfolgreichen westlichen Zivilisationsgeschichte – erst recht, wenn deren Werte und Errungenschaften von außen massiv unter Druck geraten.

Prof. Dr. Ulrike Ackermann, Politikwissenschaftlerin, ist Gründerin und Direktorin des John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung in Heidelberg. Im HAUPTSTADTBRIEF beschreibt sie den aktuellen Trend zu einem durch Verbote normierten Druck zum „richtigen“ Leben und stellt eine aktuelle Studie ihres Instituts vor, die sich damit befasst. FOTO: ALEXANDER PAUL ENGLERT

Sind die neue Askese und der Wunsch nach Katharsis womöglich Reaktionen auf die Bedrohung von außen? So, als müsse der Westen für seinen bisher üppigen, an diesseitiger Lebenslust orientierten Lebensstil Buße tun? Der Kampf um das richtige Essen und die richtige Lebensweise ist inzwischen auf jeden Fall hochpolitisch geworden. Es geht darin nicht nur um Gesundheit, Selbstoptimierung, Selbstvergewisserung und das eigene Seelenheil, sondern oft um nichts weniger als die Rettung der ganzen Welt.

Am John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung haben wir im Rahmen unseres Forschungsprojekts „Genuss – Askese – Moral. Über die Paternalisierung des guten Lebens“ Wissenschaftler, Fachleute und Publizisten versammelt, die dieser komplizierten Gemengelage zu Leibe rücken. Neben dem kulturell-sozialen Bedeutungswandel von Genussmitteln und der Veränderung von Ernährungsgewohnheiten geht es in dem Projekt auch um staatliche Moralpolitiken. Auf welche Weise und in welchem Maße greift der Staat in die Lebenswelt seiner Bürger ein? Ist das gute Leben und das Streben nach Glück Privatsache jedes Einzelnen – oder darf und soll der Staat die Bürger in paternalistischer Manier vor sich selbst schützen?

Ist das die Freiheit, die wir meinen? Der Druck zum gesunden, normiert glücklichen, Verzicht übenden Leben wächst. Die, die ihn gutheißen, sehen sich als Kollektiv der Richtigmacher. Und die, die anders leben wollen? Der Staat legt es zunehmend darauf an, sie in paternalistischer Manier vor sich selbst zu schützen.

Mit immer neuen Verordnungen und Verboten wird aus Berlin und Brüssel eine Moralpolitik betrieben, die die Bürger auf den rechten Weg bringen will. Und die Bürger ihrerseits rufen verstärkt nach staatlichen Verboten, die ihren Alltag regeln sollen – wie der jährlich vom John Stuart Mill Institut erhobene „Freiheitsindex“ zeigt. Auf unsere Frage danach, was der Staat auf jeden Fall verbieten und damit die Menschen vor sich selber schützen müsse, verlangten 65 Prozent der Befragten beispielsweise ein Verbot ungesunder Lebensmittel – vor 10 Jahren forderten dies nur 54 Prozent der Bürger. Der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit – wo war der noch? ♦

Aus dem von unserer Autorin Ulrike Ackermann erwähnten Forschungsprojekt ist ein Buch hervorgegangen, das dieser Tage erschien: Genuss – Askese – Moral. Über die Paternalisierung des guten Lebens, *herausgegeben von Ulrike Ackermann und Hans Jörg Schmidt. Verlag Humanities Online, Frankfurt am Main 2016. 168 Seiten, 19,80 Euro, als E-Book 13,80 Euro. www.humanities-online.de*

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Nach den März-Wahlen: Kommt es im September zu einem Berliner Desaster?

ein Drittel der Wähler mit der Landesregierung in Berlin zufrieden. Doch die CDU ist Teil der Regierung – wie will sie da von einer Wechselstimmung profitieren? Ein Blick nach Brandenburg verschärft das Ungemach: Dort hat nach jüngsten Umfragen die AfD zu den Christdemokraten aufgeschlossen – beide erreichen je 19 Prozent.

Berlins städtische Zivilgesellschaft steht ratlos neben dem eh schon schrumpfenden und sich gleichzeitig vervielfältigenden Parteienkladderadatsch. Kommt nun zur linken Ostpartei noch eine rechte Ostpartei hinzu? Die FDP – wird sie tatsächlich wegen mangelnder Alternativen als Politzombie wieder auferstehen? Und wenn ja, mit welchem Berliner Personal, mit welchem Programm für die drängenden Probleme der wachsenden Stadt? Was bedeutet es, wenn ausgerechnet in Berlin das Parteiengefüge zusammenkracht, das die alte und die neue Bundesrepublik in den letzten 70 Jahren prägte?

Berlin ist nicht mehr als eine Aneinanderreihung von mittelgroßen Städten, die hier Bezirke heißen.

Weit und breit kein Olaf Scholz, kein Winfried Kretschmann oder eine andere Identifikationsfigur, die diesen Transformationsprozess steuern könnte. Berlin fehlt es an überzeugendem politischen Personal, das nicht nur in den Parteiapparaten und auf Landesparteitagen überzeugen kann, sondern auch beim Wähler, und das für eine funktionierende Verwaltung sorgt und die wachsende Stadt fit macht. Allein im letzten Jahr 2015 sind 100 000 Menschen zugezogen, keinesfalls nur Migranten. Wie sollen die Neuen integriert werden – und wie die nächsten 100 000 in diesem Jahr 2016? Werden da die Bürgergespräche von Michael Müller ausreichen? Natürlich werden durch den Wanderungsdruck nach Berlin neue Gettos entstehen. Es ist naiv zu glauben, dies ließe sich durch staatliche, dirigistische Steuerung verhindern.

Es kommt noch etwas hinzu: Viel zu viele Berliner freuen sich über eine Stadtregierung, die nicht regiert. Freuen sich, dass innerstädtische Freiräume wie das Tempelhofer Feld nicht bebaut werden und überhaupt alles bleibt, wie es ist. Marode Schulen und Straßen, ewige Baustellen und eine unfähige Verwaltung: „Det is eben Berlin.“ So ändert sich immerhin nichts am liebgewordenen Schlendrian.

Hauptsache, aus Berlin wird keine gentrifizierte Glitzermetropole, denkt der Politaktivist aus dem grünroten Milieu – und merkt nicht, dass planloses Dahinwursteln eben auch Fakten schafft. Denn gebaut wird ja trotzdem. Im Senat lächeln sie all das weg und sonnen sich im Licht neuerdings sprudelnder Steuereinnahmen. Dass die nicht von einer gesundenden Berliner Wirtschaft erzählen, sondern von wachsender Bevölkerung, steigendem Tourismus und ein bisschen mehr Geld aus dem Länderfinanzausgleich – wer will das schon wissen.

Berlin krankt daran, dass die Stadt als politische Bühne nicht da ist. An kleinen Details lässt sich das trefflich beschreiben. So finden die September-Wahlen gerade mal 14 Tage nach dem Ende der Sommerferien statt. Im Vorfeld werden keine großen, auch keine kleinen sich alternativ gegenüberstehenden Konzepte für die Entwicklung der wachsenden Stadt mit den Wählern diskutiert. Stattdessen wird wieder eine Flut von Flyern und Luftballons in den Bezirken verteilt, die Partei-Plattitüden verbreiten. Der Citoyen, der die ganze Stadt im Auge hat, stört da nur. Berlin ist nicht mehr als eine Aneinanderreihung von mittelgroßen Städten, die hier Bezirke heißen. Daraus rekrutiert sich ihr politisches Personal. Eine Landeshauptstadt, eine zentrale Perspektive hat die Stadt nicht.

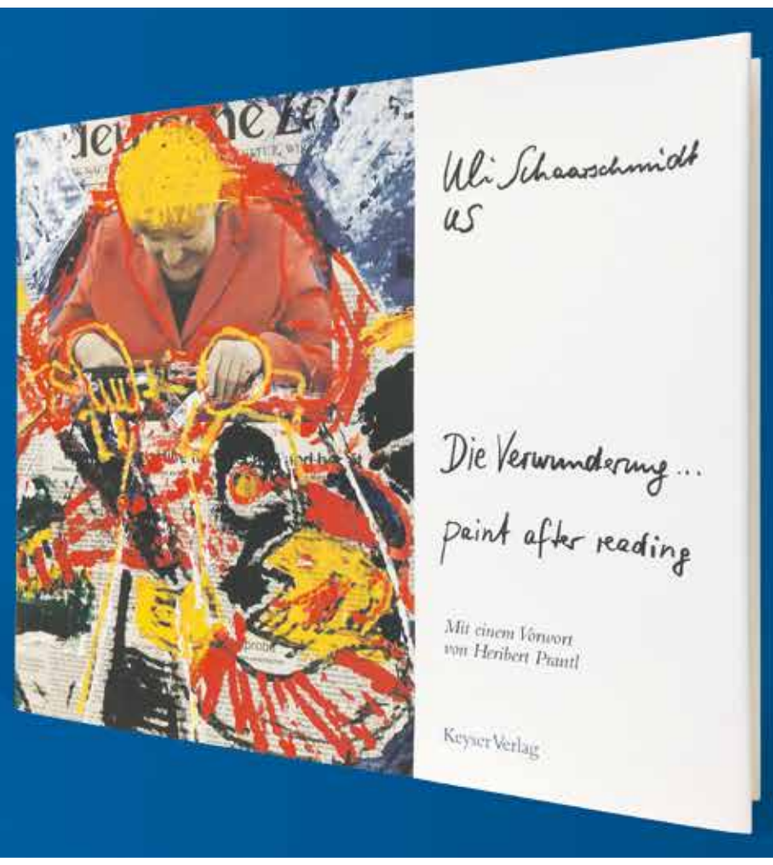
Viel zu viele Berliner freuen sich über eine Stadtregierung, die nicht regiert. Hauptsache, aus Berlin wird keine Glitzermetropole.

Keine der Parteien hat eine Antwort auf den politischen Islam, der sich in Westeuropa verbreitet und auch in Berlin zu Hause ist. Niemand hat eine Vorstellung von dem privaten Islam, den die knapp 60 000 Migranten 2015 mit nach Berlin gebracht haben. Bleibt am Ende für die Etablierten gar nur die Hoffnung, dass sich die Alternative für Deutschland von innen her selbst zerlegt. Was für eine Hoffnung, was für ein Armutszeugnis für eine Stadt, die sich selbst gerne als Metropole sieht. ♦

Keyser Verlag

„Er malt die Bilder, zu den ihn Schlagzeilen und Texte der Süddeutschen Zeitung anregen. So verbindet sich hier Pressefreiheit und Kunstfreiheit auf ein- und derselben Oberfläche. Uli Schaarschmidts Arbeiten sind also ein Fest der Grundrechte.“

Heribert Prantl



Uli Schaarschmidt US

Die Verwunderung ... paint after reading

Limited Edition

112 Seiten €49,90
ISBN 978-3-86886-033-7
www.keyser-verlag.com

Familienunternehmen finanzieren das Gemeinwesen in beträchtlichem Umfang

Große Familienunternehmen tragen relativ gesehen mehr zum Ertragsteuer-Aufkommen bei als DAX-Konzerne, die nicht im Familienbesitz sind | *Von Rainer Kirchdörfer*

Über die angemessene Besteuerung von Unternehmen und ihrer Eigentümer ist in den vergangenen Jahren sehr viel diskutiert worden. Leider klafft die Wahrnehmung der steuerlichen Belastung von Familienunternehmen und ihren Gesellschaftern auf der einen Seite und einem großen Teil der Öffentlichkeit auf der anderen Seite bisher weit auseinander. Unverständlich niedrige Steuerquoten einzelner Auslandstöchter amerikanischer Konzerne werden mitunter beispielhaft für die Belastung von Unternehmen insgesamt genommen. Solche Steuerzahlungen im einstelligen Prozentbereich prägen die Sicht aber zu Unrecht.

In welchem Maß aber trägt die Wirtschaft tatsächlich zum Steueraufkommen bei? Bei dem Versuch der Beantwortung dieser Frage fällt auf, dass die deutsche Steuerstatistik kaum Aufschluss über die effektive Belastung der Unternehmen, geschweige denn einzelner Unternehmenstypen gibt. Wissenschaftler des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung haben deswegen im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen erstmals den Beitrag quantifiziert, den große Unternehmen zum Ertragsteuer-Aufkommen in Deutschland leisten. (Woraus sich dieses zusammensetzt, erläutert der Kasten „Was sind Ertragsteuern?“). Die ifo-Untersuchung kann einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Debatte bieten.

Weniger als ein Promille der deutschen Unternehmen zahlt fast ein Fünftel der gesamten Ertragsteuern.

Die 500 größten Familienunternehmen, darunter auch drei in der DAX-30-Liste des Deutschen Aktienindex (DAX) gelistete, sowie die restlichen 27 nicht familienkontrollierten Unternehmen im DAX erbrachten im Inland zusammen rund 22 Milliarden Euro an Ertragsteuern pro Jahr (Durchschnittswert von 2009 bis 2013). Damit zahlt deutlich weniger als ein Promille der deutschen Unternehmen fast ein Fünftel der gesamten Ertragsteuern, die in diesem Zeitraum zirka 112 Milliarden Euro pro Jahr ausmachten. In absoluten Zahlen steuern große Familienunternehmen und nicht familienkontrollierte DAX-Mitglieder jeweils etwa 11 Milliarden Euro pro Jahr zu diesem inländischen Teil des Steuerkuchens bei. Alle Familienunternehmen zusammen erbringen immerhin mehr als 40 Prozent des gesamten Ertragsteuer-Aufkommens in Deutschland.

Diese Zahlen finden sich in der Untersuchung „Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland – Entwicklung der Steuern von Einkommen und Ertrag“, die ein Forscherteam unter Leitung von Prof. Dr. Niklas Potrafke, Leiter des ifo Zentrums für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie, erstellt hat. Weiter beteiligt waren an der Untersuchung Prof. Dr. Wolfram Scheffler (Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, Universität Erlangen-Nürnberg) sowie Prof. Dr. Thiess Büttner (Lehrstuhl für Finanzwissenschaften, ebenfalls Erlangen-Nürnberg), der gleichzeitig auch Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen ist. Hinzuweisen ist darauf, dass die Ergebnisse Schätzungen darstellen, die mit Unsicherheiten behaftet sind, weil wie bereits erwähnt aussagekräftige amtliche Statistiken fehlen.

Die Untersuchung hat auch einen bemerkenswerten Unterschied zwischen einzelnen Unternehmenstypen zu Tage gefördert: Die großen Familienunternehmen weisen der Studie zufolge höhere in Deutschland bezahlte Ertragsteuer-Quoten auf als die nicht-familienkontrollierten DAX-Konzerne. Durchschnittlich 28 Prozent Steuern haben die 500 größten Familienunternehmen auf ihren Gewinn in den Jahren 2009 bis 2013 abgeführt, wenn allein Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und die von den Unternehmen gezahlte Kapitalertragsteuer betrachtet werden. Bei den nicht-familienkontrollierten DAX-Konzernen sind dies nur 25 Prozent. Werden auch die Einkommensteuer der Gesellschafter von Personengesellschaften und die Abgeltungsteuer auf Ausschüttungen der Kapitalgesellschaften berücksichtigt, ist der Unterschied noch augenfälliger: Die 500 größten Familienunternehmen und ihre Gesellschafter zahlen in Deutschland durchschnittlich 40 Prozent, während die Belastung von DAX-Konzernen und ihren Gesellschaftern nur 33 Prozent erreicht.

Die Gründe für diese Unterschiede können sehr vielfältig sein. Interessant, wenn auch für die unterschiedliche steuerliche Belastung in Deutschland nicht relevant, ist zunächst, dass die 500 größten Familienunternehmen einen deutlich größeren Anteil ihrer Ertragsteuern im Inland bezahlen als die 27 nicht-familienkontrollierten Firmen im DAX. Nach dem Basisszenario der Wissenschaftler fielen bei den untersuchten Familienunternehmen rund 69 Prozent der Ertragsteuern in Deutschland an, bei den nicht-familienkontrollierten DAX-Konzernen lediglich rund 42 Prozent. Die durchschnittlich höheren Steuerquoten können aber an der geringeren Bereitschaft der Familienunternehmen liegen, komplizierte Firmenstrukturen zuzulassen, oder an der besonderen Verantwortung gegenüber dem eigenen Standort. Auch die bei ihnen wohl weniger ausgeprägte Neigung, betriebswirtschaftlich nicht unbedingt geforderte Gestaltungen allein aus steuerlichen Gründen zu machen, dürfte eine Rolle spielen. Freilich kann es daneben noch viele andere Gründe für die unterschiedlichen Steuerquoten geben.

Die Untersuchung zeigt jedenfalls, dass große Familienunternehmen relativ mehr zum Ertragsteuer-Aufkommen beitragen als DAX-Konzerne, die nicht im Familienbesitz sind. Anders als Kapitalgesellschaften im Streubesitz sind die großen Familienunternehmen aber bei wirtschaftlicher Betrachtung zusätzlich auch von der Erbschaft- und Schenkungsteuer betroffen. Die große Koalition arbeitet derzeit an der Umsetzung des Bundesverfassungsgerichts-Urteils für eine Reform dieser Steuer. Die Ergebnisse der ifo-Untersuchung sollten hierbei nicht unberücksichtigt bleiben.

Einen ergänzenden Befund zu den Ergebnissen des ifo Instituts über unterschiedliche Steuerquoten der verschiedenen Unternehmenstypen liefert die Studie „Soziales Wesen versus Zahlenmensch – Ein empirischer Vergleich der Einstellungen von Unternehmenslenkern zu Steuern, Standort und Mitarbeitern“ aus dem Jahr 2014. Das Institut für Mittelstandsforschung (ifm) in Mannheim untersuchte nicht den Steuerbeitrag, sondern befragte Unternehmenslenker, wie sie ihre Steuerbelastung im Vergleich zu anderen Unternehmen in Deutschland einschätzen. Bezogen auf die tatsächliche eigene Besteuerung fühlten sich Familienunternehmen im Vergleich zu anderen Unternehmen stärker besteuert und hatten generell den Eindruck, dass die staatlichen Leistungen nicht dem Aufwand entsprechen, den sie in Form von Steuern zahlen. In Übereinstimmung damit gaben 38 Prozent der Familienunternehmen im Gegensatz zu 29 Prozent der Nicht-Familienunternehmen an, dass dieses Verhältnis von Geben und Nehmen wenig oder überhaupt nicht stimmen würde.

Familienunternehmen erbringen mehr als 40 Prozent des gesamten Ertragsteuer-Aufkommens in Deutschland.

Die Ergebnisse des ifo Instituts stellen im Übrigen auch nur die Untergrenze des Steuerbeitrags der Familienunternehmen in Deutschland dar. Unternehmen zahlen eben nicht nur Ertragsteuern, sondern auch Verbrauchsteuern (insbesondere Umsatzsteuer), Grundsteuer und Verkehrsteuern. Außerdem führen diese Unternehmen die Lohnsteuer für ihre Arbeitnehmer und die Sozialversicherungsbeiträge ab und bilden auch deswegen eine starke Säule zur Finanzierung des Gemeinwesens. ♦

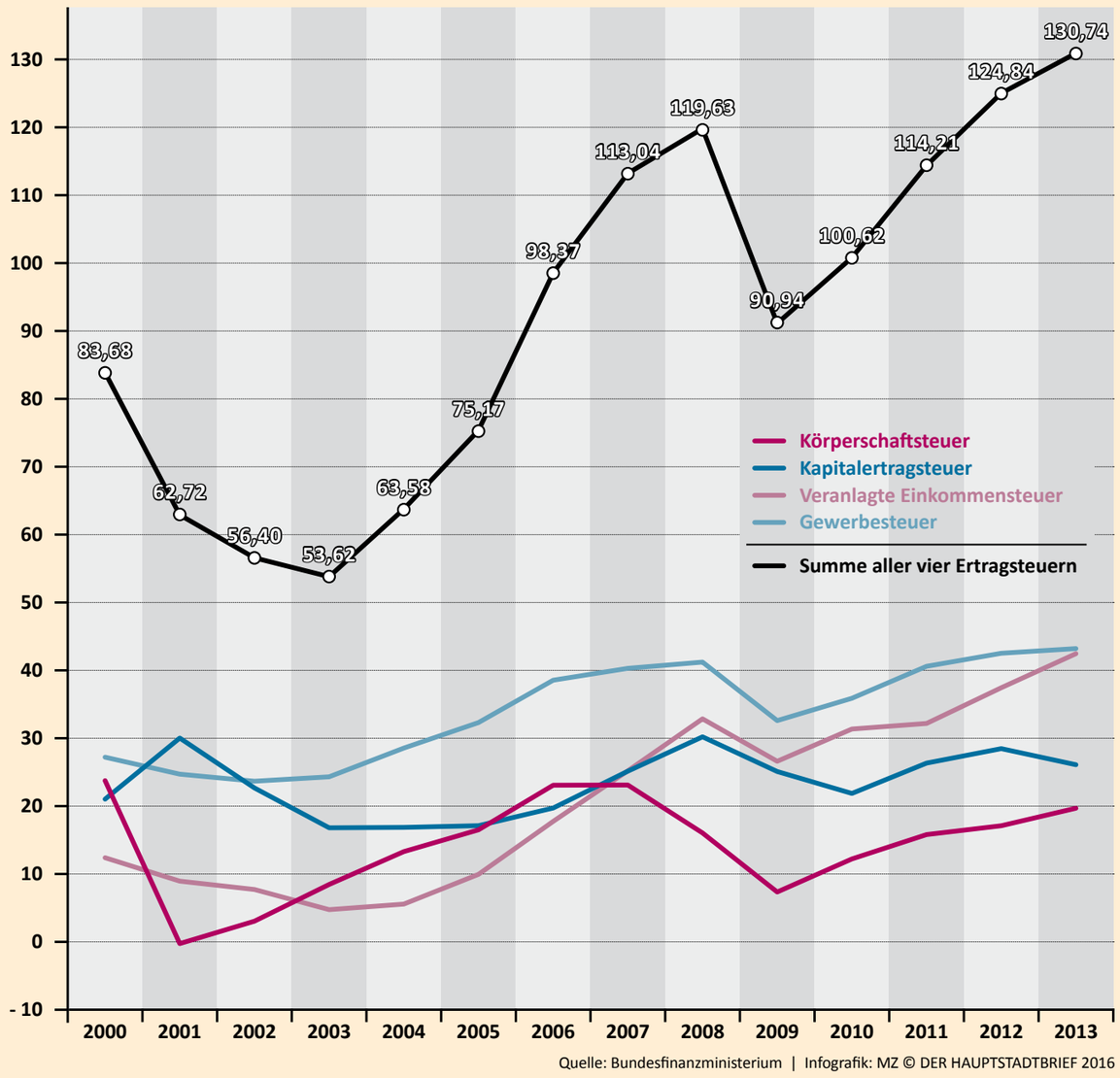
Die Studie „Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland – Entwicklung der Steuern von Einkommen und Ertrag“, die unser Autor Rainer Kirchdörfer vorstellt, steht zum Herunterladen bereit auf der Website der Stiftung Familienunternehmen unter www.familienunternehmen.de/de/publikationen-und-studien

Es ist in den Medien gern die Rede davon, große Konzerne würden sich vor der Steuerzahlung drücken. Was Deutschlands 500 größte Familienunternehmen betrifft, kann davon keine Rede sein: Sie sorgen mit ihren Ertragsteuerzahlungen dafür, dass der Steuersäckel prall gefüllt ist – und nicht nur einer! FOTO: FOTOLIA/SVEN HOPPE

Prof. Rainer Kirchdörfer ist Rechtsanwalt in Stuttgart und Mitglied des Vorstands der Stiftung Familienunternehmen. Für den HAUPTSTADTBRIEF macht der Jurist auf eine aktuelle Studie des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung aufmerksam, die belegt, wie ungleich die Steuerlast zwischen Familienunternehmen und Kapitalgesellschaften im Streubesitz verteilt ist. FOTO: TOM PINGEL

Das Gemeinwesen profitiert in wachsendem Maße von der Wirtschaft

Entwicklung des Ertragsteuer-Aufkommens in Deutschland 2000 bis 2013 (in Milliarden Euro)



Quelle: Bundesfinanzministerium | Infografik: MZ © DER HAUPTSTADTBRIEF 2016

Unter Ertragsteuern sind jene Steuern zusammengefasst, die auf das wirtschaftliche Ergebnis eines Unternehmens entfallen. Wie die Grafik zeigt, ist bei allen vier Komponenten ein Anstieg zu verzeichnen, besonders bei der Einkommensteuer. Die schwarze Linie zeigt die Summe aller Ertragsteuern der Wirtschaft.

Was sind eigentlich Ertragsteuern?

Ertragsteuern sind Steuern, die das wirtschaftliche Ergebnis (Gewinn, Überschuss) besteuern. Die Ertragsteuern setzen sich dabei zusammen aus Gewerbesteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer sowie den hierauf erhobenen Zuschlagsteuern (Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer). Die Gewinne von Kapitalgesellschaften (AG, GmbH) werden auf Unternehmensebene mit Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer besteuert. Dividenden, so sie ausgeschüttet werden, unterliegen auf Ebene der Anteilseigner der Besteuerung mit Einkommensteuer in Form der Abgeltungsteuer. Bei Personengesellschaften (OHG, KG) wiederum setzen sich die Ertragsteuern aus der Gewerbesteuer, die die Gesellschaft selbst zahlt, und der Einkommensteuer, die von den Gesellschaftern erhoben wird, zusammen.

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer gehen an die Gemeinden (85 Prozent), Bund und Länder sind über die Gewerbesteuerumlage in Höhe von jeweils 7,5 Prozent beteiligt. Körperschaftsteuern und Kapitalertragsteuern verteilen sich über Bund und Länder zu je rund 50 Prozent. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer gehen nach einem bestimmten Schlüssel an Bund (42,5 Prozent), Länder (42,5 Prozent) und Gemeinden (15 Prozent).

Ein privates Berliner Museum pflegt die Erinnerung an Braun Design

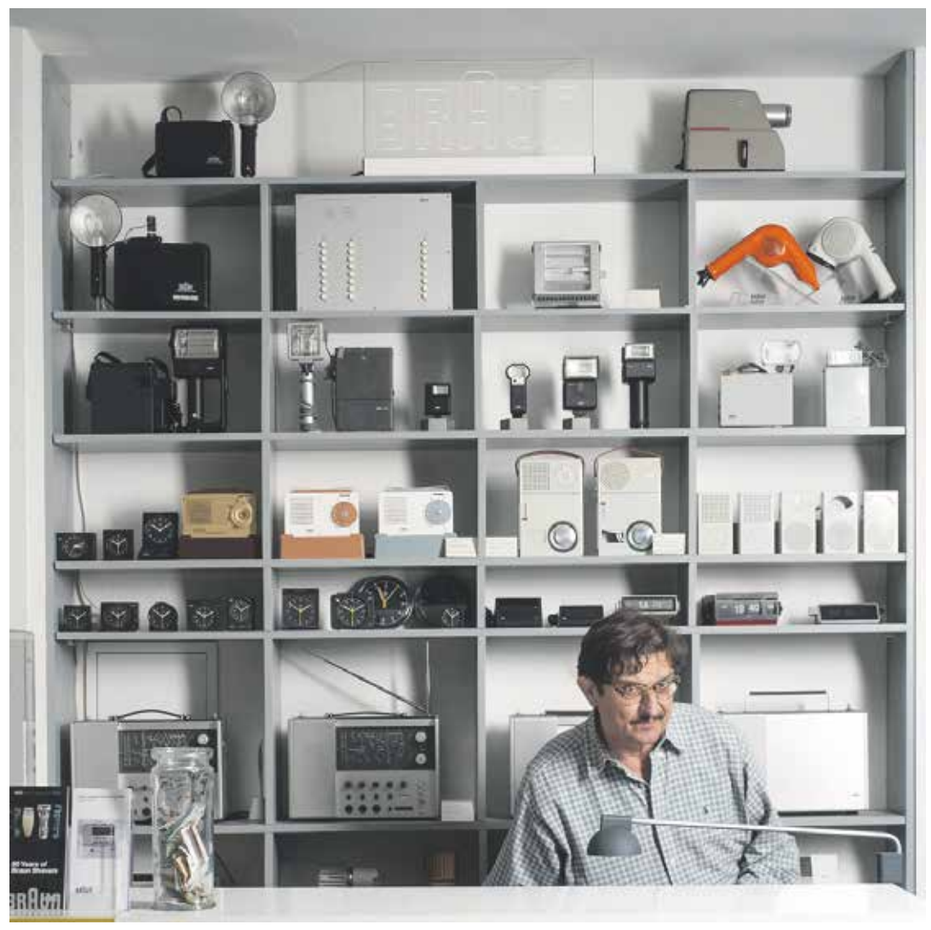
In der Braun-Sammlung Ettel ist zu besichtigen, welch hohe gestalterische und funktionale Qualität Produkte „Made in Germany“ einst hatten | *Von Irena Nalepa*

Das Privatmuseum des Sammlers Werner Ettel ist ein Ort, an dem formvollendetes Produktdesign aus vier Jahrzehnten zu bewundern ist. Auf 142 Quadratmetern zeigt er in der Elberfelder Straße in Berlin-Moabit seine Schätze aus der Produktpalette des Elektrogeräte-Herstellers Braun der Jahre 1955 bis 1995. Mit Sorgfalt arrangiert, dokumentieren vollständige Produktreihen von Küchen- und Kosmetikgeräten, Fernseh- und Radioapparaten, Stereoanlagen und Kameras die Entwicklungsgeschichte des legendären Braun Design. Und sie zeugen von der großen Sammelleidenschaft Werner Ettels.

Seine liebevolle Beziehung zu jedem seiner Objekte und seine profunden Kenntnisse lassen einen Museumsbesuch bei ihm zu einer außerordentlich anregenden Begegnung werden. Der Sammler weiß unendlich viel über die Braun-Produkte zu erzählen und führt die noch funktionsfähigen Geräte genauso gern vor wie seine umfangreiche Bibliothek mit Buch- und Fachpublikationen zum Thema Design. Den Kaffee serviert er aus der Braun-Maschine KF20 – da werden Erinnerungen an die Braun-Geräte der eigenen Kindheit und Jugend lebendig, und die Fragen an den Sammler ergeben sich ganz von selbst.

Radio-Phono-Kombinationen – zwei aus einer langen Reihe von Geräten der Unterhaltungselektronik, mit denen die Firma Braun seit den 1960er-Jahren Designgeschichte schrieb. FOTO: R. HOFFMANN

Das „Cylindric“ Tischfeuerzeug von Braun in drei Farbvarianten – ein Entwurf von Dieter Rams von 1968. FOTO: JIMCRAMER.DE



Sammler und Museumsgründer Werner Ettel vor einigen seiner Exponate im klassischen Braun Design. FOTO: JIMCRAMER.DE

IRENA NALEPA: **Warum sammeln Sie gerade Gebrauchsprodukte von Braun – und nicht etwa zeitgenössische Kunst oder seltene Rotweine?**

WERNER ETTEL: Als Kunstlehrer konnte ich mir damals kein kostspieliges Sammlungsgebiet leisten. Ich habe schnell gemerkt, dass ich mit meinem Berliner Lehrergehalt nicht weit kam, wenn ich mich in Galerien umsah. Aber ich wollte schon immer etwas sammeln, was gut ist und absolute Spitzenqualität hat. Also habe ich mich auf das Sammeln von Design konzentriert, denn auf diesem Gebiet konnte ich mir tatsächlich noch die Spitzenqualität leisten. Und da bot sich das Braun Design fast von selbst an, weil es das Beste auf dem Sektor war, was jemals in Deutschland entstanden ist. Seine minimalistische, zeitlose Formensprache hat bis heute Gültigkeit.

Was war der ausschlaggebende Moment für Ihre Sammelleidenschaft?

Schon als Jugendlicher habe ich mir die Nase an den Schaufenstern platt gedrückt und die moderne Gestaltung der Braun-Produkte bewundert, insbesondere die beeindruckenden Phono-Innovationen, die eine Provokation für den damaligen barocken und verschnörkelten Zeitgeschmack waren. In den 1980er-Jahren habe ich dann Plattenspieler gesammelt, weil der CD-Player aufkam und die Leute ihre Plattenspieler entsorgten. Ich dachte mir, so ein Kulturgut wie den Plattenspieler kann man nicht wegwerfen – ich wollte beispielhafte Exemplare davon erhalten. Ab 1992 habe ich dann beschlossen, eine wissenschaftlich fundierte Sammlung von Braun-Geräten aufzubauen, sie zu bewahren und auszustellen.

Irena Nalepa ist im Kunsthandel tätig. Sie war Gründerin der Galerie Nalepa und Geschäftsführerin der Galerie Schoen+Nalepa in Berlin. Für den HAUPTSTADTBRIEF hat sie die „Braun-Sammlung Ettel – Museum für Design“ besucht und mit dem Museumsgründer Werner Ettel über seine Sammlung und das legendäre Braun Design gesprochen. FOTO: PRIVAT

Sie besitzen über 1000 Objekte. Nach fast 25 Jahren Sammlertätigkeit als rastlosen Sucher nach immer neuen Exponaten: Ist das auch eine Sucht?

Ja, das ist schon so. In meiner Sucht, neue Objekte unbedingt besitzen zu müssen, habe ich auch manchmal Fehler gemacht und habe oft einen überteuerten Preis für die Geräte bezahlt. Aber die Braun-Geräte werden nun einmal heute als einzige überhaupt gezielt gesammelt. Sie haben einen Sammlerwert und einen gut organisierten Sammlermarkt, der sich alljährlich in Darmstadt austauscht.

Die Marke Braun war lange stilprägend und einzigartig. Seit dem Ausscheiden des Chefdesigners Dieter Rams 1995 und der Übernahme der Firma durch Procter & Gamble 2005 gibt es keine nennenswerten Innovationen mehr. Was hielten Sie von Retro-Auflagen klassischer Braun-Geräte?

Das wäre in meinen Augen kein wünschenswerter Ansatz. Die Geräte, die Braun vor 30 oder 40 Jahren herausbrachte, hatten Originalitätscharakter, und neben der bahnbrechenden Gestaltung und langen Nutzungsdauer hatte die bedienungsfreundliche Nutzung der Braun-Produkte immer Priorität. Durch moderne Farbgebung und einfache Beschriftung waren die Bedienelemente für den Nutzer selbsterklärend. Das ist bis heute nicht zu toppen. Dieter Rams selbst, der hierfür maßgeblich mitverantwortlich war, hat einmal gesagt, er begrüße es, dass es heute beispielsweise eine Firma wie Apple gebe, die bei ihren Computern und Smartphones sein stilbildendes Design-Credo „Gutes Design ist so wenig Design wie möglich“ zitiert, zum Teil sogar kopiert und somit gewissermaßen fortsetzt.

Sie haben sich den Traum eines eigenen Museums erfüllt – drückt sich darin auch der Wunsch nach ästhetischer Vermittlungsarbeit aus?

Unbedingt. Als pensionierter Kunsterzieher versuche ich natürlich, einen Beitrag zur Geschmacksbildung und Designerziehung zu leisten und einen interessierten und interessanten Austausch mit den Besuchern zu führen. Das Braun Design ist eine hervorragende Ausgangsbasis für eine allgemein zugängliche, alltagsrelevante ästhetische Erinnerungskultur. ♦

Braun-Sammlung Ettel. Museum für Design, Elberfelder Straße 37, 10555 Berlin-Moabit. Geöffnet Sonntag und Montag von 11 bis 17 Uhr. Sondertermine für Schulklassen und Hochschulgruppen jederzeit möglich. Eintritt frei, Spende erbeten. www.braundesignsammlung.de

Gutes Design hat zehn Merkmale

Gestaltung und Funktionalität der Geräte von Braun waren lange unübertroffen

Wer ein Elektrogerät der Firma Braun kaufte, konnte jahrzehntelang praktisch nichts falsch machen – die Produkte waren ebenso formschön und funktional, wie sie langlebig waren. Nicht zuletzt Dieter Rams, der Chefdesigner des Hauses, war es, der mit seiner Arbeit für das 1921 von Max Braun in Frankfurt am Main gegründete und später von den beiden Söhnen Artur und Erwin aus Kronberg im Taunus weitergeführte Unternehmen den hohen Qualitätsstandard verantwortete.

Die Qualität und der Erfolg von Braun verdankten sich nicht zuletzt seinen herausragenden Designern – allen voran Chefdesigner Dieter Rams. Über seine Biographie und sein Wirken, ebenso wie das seiner Kollegen, informieren Schautafeln in der Braun-Sammlung Ettel. FOTO: R. HOFFMANN

Von 1961 bis 1995 leitete Rams bei Braun die Abteilung für Formgestaltung, und er tat es mit hohem Anspruch und klar formulierten Zielen. Seine zehn Thesen für gutes Design fanden nicht nur auf die Geräte von Braun Anwendung, sie sind von zeitloser Gültigkeit:

Gutes Design ist innovativ.
Gutes Design macht ein Produkt brauchbar.
Gutes Design ist ästhetisch.
Gutes Design macht ein Produkt verständlich.
Gutes Design ist unaufdringlich.
Gutes Design ist ehrlich.
Gutes Design ist langlebig.
Gutes Design ist konsequent bis ins letzte Detail.
Gutes Design ist umweltfreundlich.
Gutes Design ist so wenig Design wie möglich.

Visualisierung der 10 Thesen: https://www.vitsoe.com/de/ueber-vitsoe/gutes-design

Berlin zu Gast in Europas Kulturhauptstadt Breslau

Auf dem Jahrestreffen 2016 der Stiftung Zukunft Berlin stand der Kulturaustausch mit Polen im Mittelpunkt

Von Rafał Dutkiewicz und Volker Hassemer

Es ist schon ein Jammer, und es ist beschämend: Über Jahrzehnte haben wir im Westen die Existenz des „Eisernen Vorhangs“ beklagt. Nun ist er bereits seit über 25 Jahren weg, und noch immer gelingt es uns letztlich nicht häufig genug, unsere Köpfe und unsere Blickrichtungen von West nach Ost zu drehen. So ist auch Breslau so nah bei Berlin – und doch immer noch so fern.

Das war der Anlass für uns, den Stadtpräsidenten von Breslau und den Vorsitzenden der Stiftung Zukunft Berlin, für das Jahr 2016 ein großes Projekt „Breslau Berlin 2016. Europäische Nachbarn“ zu realisieren. Denn dieses Jahr bietet dazu eine nicht so bald wiederkehrende Chance: Breslau ist 2016 Kulturhauptstadt Europas und vertritt so Polen in diesem exzellenten Kreis der jährlich wechselnden europäischen Kulturmetropolen.

Den glänzenden Rahmen lieferte der Friedrichstadt-Palast. Die Gäste nutzen die Gelegenheit, auf der Bühne zu stehen (Bild 1). Darum herum deutsch-polnischer Austausch in wechselnden Runden: Hans-Gert Pöttering, Wolfgang Thierse, Reinhard Schweppe (Verantwortlicher für die Initiative „Nachbarn in Europa“) und der Breslauer Stadtpräsident Rafał Dutkiewicz (Bild 2, von links), Markus Schächter (Stiftungsratsvorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin) und Volker Hassemer (Bild 3), Informationen zur Arbeit der Stiftung Zukunft Berlin (Bild 4) und Rahmenprogramm (Bild 5, Kathrin Pechlof an der Harfe und Christian Weidner, Altsaxofon). FOTOS: YEHUDA SWED (4), RB

Dr. Volker Hassemer ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin. Er war Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, später Senator für kulturelle Angelegenheiten in West-Berlin und 1996 bis 2002 Geschäftsführer der Berlin-Marketing-Gesellschaft Partner für Berlin. FOTO: FACELAND/ANNO DITTMER

Dr. Rafał Dutkiewicz ist seit 2002 Stadtpräsident von Breslau, der viertgrößten Stadt Polens, und Mitglied der Fachkommission für Kultur, Bildung und Forschung im Brüsseler „Ausschuss der Regionen“. Für den HAUPTSTADTBRIEF stellt er gemeinsam mit Volker Hassemer die gemeinsamen kulturellen Aktivitäten von Berlin und Breslau 2016 vor. FOTO: MACIEJ KULCZYNSKI

Die Stiftung Zukunft Berlin hat aus diesem Anlass ihr Jahrestreffen am 16. März 2016 im Berliner Friedrichstadt-Palast ganz unter diese Überschrift gestellt. Breslau nahm teil in Gestalt seines Oberbürgermeisters (Stadtpräsidenten). Auch der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, war da – er hat, wie er betonte, besondere Beziehungen zu Breslau. Die haben auch der ehemalige Präsident des deutschen Bundestages Wolfgang Thierse und der Präsident des Goethe-Instituts Klaus Dieter Lehmann, die beide anwesend waren – und die beide in Breslau geboren sind. Klaus Dieter Lehmann nutzte die Gelegenheit, den Auftritt des Goethe-Instituts in der Kulturhauptstadt Breslau im Kulturstadtjahr vorzustellen.

Die Aktivitäten des Goethe-Instituts werden in Breslau in aller Öffentlichkeit stattfinden, und das Projekt Berlin/Breslau auch. Ab dem 9. Mai (an diesem Tag findet auch die Wirtschaftskonferenz zwischen beiden Städten statt) steht „Luneta“, eine begehbare, multimediale Installation wie eine Art Fernrohr in Berlin neben dem Bahnhof Friedrichstraße und organisiert den Echtzeitkontakt von dort hin zum Vorplatz des Hauptbahnhofs in Breslau. Wie das mithilfe neuester Technik funktioniert, davon macht man sich am besten vor Ort ein Bild. Zwei Monate lang wird dafür Gelegenheit sein.

„Kreativität“ ist das zweite große Stichwort des Berlin/Breslau-Projekts: Rund dreißig Berliner Gruppen werden das ganze Jahr über mit ihren Kollegen in Breslau bei den „In Between Festivals“ präsent sein, Feiern und Clubnächte inklusive. Wir hoffen, dass dies nur der Beginn für weitere gemeinsame Projekte und Kooperationen zwischen den kreativen Szenen unserer beiden Städte in den kommenden Jahren sein wird.

Begonnen hat das Berlin/Breslauer Jahr mit einem nachdenklich-dankbaren Blick zurück: Die Ausstellung „Vergebung und Versöhnung“ über Kardinal Bolesław Kominek, der nach dem zweiten Weltkrieg das damals geradezu unglaublich friedvolle Angebot der polnischen Bischöfe gegenüber der Deutschen Bischofskonferenz initiierte („Wir sind bereit zu vergeben und bitten um Vergebung“), ist bereits seit dem 29. Februar und noch bis zum 8. April 2016 im Abgeordnetenhaus von Berlin bei freiem Eintritt zu besichtigen.

Ein Besuch in Breslau lohnt sich – nicht nur – im Kulturjahr 2016. Vom 30. April an steht dafür von Berlin aus an Wochenenden und Feiertagen sogar ein Sonderzug zur Verfügung: der „Kulturzug“ mit Unterhaltung auf dem Weg und vielen Entdeckungen am Ziel – für 38 Euro hin und zurück. ♦

Die Stiftung Zukunft Berlin, deren Vorstand unser Autor Volker Hassemer angehört, ist ein unabhängiges Forum für bürgerschaftliche Mitverantwortung – zum Wohle Berlins und darüber hinaus. Mehr über die Aktivitäten der Stiftung im Austausch mit Polen unter www.stiftungzukunftberlin.eu/de/nachbarn-europa

EXKLUSIVE STADTRESIDENZEN IN BERLIN MITTE

2-ZIMMERWOHNUNGEN
AB 65 M² WOHNFLÄCHE,
EXKLUSIVE EINBAUTEN, BALKONE,
TIEFGARAGENSTELLPLÄTZE.

PENTHOUSE, 250 M²,
2 DACHTERRASSEN, BELVEDERE,
EXKLUSIVE EINBAUTEN,
AUFZUG IN DIE WOHNUNG,
TIEFGARAGENSTELLPLÄTZE.

FRANKONIA EUROBAU
RESIDENTIAL AM SCHINKELPLATZ
TELEFON: 030 364 102 118
WWW.BERLIN-SCHINKELPLATZ.DE

FRANKONIA